

# PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 10. MAI 2022



## ANTRAG **BREMEN SETZT AUF MEHRWEG** BEI VERANSTALTUNGEN

**Einwegbecher und Einweggeschirr sollen bei öffentlichen Veranstaltungen in Bremen der Vergangenheit angehören. Einen entsprechenden Antrag der rot-grün-roten Koalition hat die Bürgerschaft heute beschlossen. Demnach sollen nach einer Übergangsfrist Mehrwegsysteme Pflicht werden. Der Senat wird zudem aufgefordert, die Einführung eines kommunalen Mehrwegsystems und damit eines öffentlichen Leihsystems zu prüfen, um damit kleinere Veranstaltungen zu unterstützen. Zudem soll er sich auf Bundesebene für die Förderung eines deutschlandweiten Pfandsystems einsetzen.**

Etwa 155.000 Tonnen Müll entstehen jedes Jahr in Deutschland allein durch Einweg-Essensbehälter. Eine Menge Müll, eine Menge Plastik, die vermieden werden könnte – und deren Reinigung und Entsorgung die Städte und Gemeinden jährlich 720 Millionen Euro kostet. In Bremen soll sich daran nun etwas ändern. Die Bürgerschaft hat heute einen Antrag der rot-grün-



Volker Stahmann

roten Koalition beschlossen, der die Umstellung auf Mehrwegbecher und -behältnisse vorsieht. In einem ersten Schritt soll dies als Auflage bei marktrechtlichen Festsetzungen und straßenrechtlichen Sondernutzungser-

laubnissen geregelt werden. Grundsätzlich soll diese Regel aber auch in das Abfallortsgesetz aufgenommen werden, sodass sie bei allen Veranstaltungen gilt, die auf Grundstücken oder in Einrichtungen der Stadt durchgeführt und/oder von der Stadt veranstaltet oder finanziell gefördert werden.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion nannte dies einen „wichtigen Beitrag zur Wirtschafts- und Stadtentwicklung sowie zum Umweltschutz“. Zwei Punkte hob er dabei besonders hervor. Zum einen, dass der Senat im Antrag auch zur Prüfung eines kommunalen Mehrwegsystems mit einem unkomplizierten öffentlichen Leihangebot aufgefordert werde. Dies sei wichtig, damit alle betroffenen Akteur:innen dem Mehrweggebot auch tatsächlich nachkommen könnten,

denn für kleine Veranstaltungen sei die Einführung eines eigenen Mehrwegsystems zu aufwändig.

Zum anderen hob Stahmann die Übergangsfristen hervor, die den Betroffenen nun noch einmal die Gelegenheit gäben, sich auf die Regelung einzustellen. Vorgesehen ist, dass das Mehrweggebot bei Getränken ab dem 1. März 2023 gilt, für Speisen tritt es ein Jahr später in Kraft. „Es war zudem gut und völlig richtig, dass wir die Veranstalter:innen und Schausteller:innen in unsere Planungen einbezogen haben“, so Stahmann, „denn so haben wir eine breite Akzeptanz für diese neue Regelung.“

**>Antrag: Mehrweggebot für Veranstaltungen**

[https://bit.ly/mehrweg\\_veranstaltungen](https://bit.ly/mehrweg_veranstaltungen)

## DEBATTE **BÜRGERSCHAFT DEBATTIERT** UNTERBRINGUNG VON GEFLÜCHTETEN

**Die Bürgerschaft hat heute in einer Aktuellen Stunde über die Unterbringung von Geflüchteten debattiert. Seitdem Russland den Krieg in der Ukraine gestartet hat, haben Tausende Menschen in Bremen Schutz gefunden. Valentina Tuchel, integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, berichtete in ihrer Rede von ihren Besuchen in Notunterkünften und von Gesprächen mit Ukrainer:innen. Und sie wies die Kritik aus der CDU entschieden zurück. „Wir beschönigen die Situation nicht, wir gehen ehrlich und sorgfältig mit ihr um“, sagte sie.**

Mehr als 6.000 ukrainische Geflüchtete seien in den vergangenen Monaten in Bremen angekommen, erklärte Tuchel. Zwei Drittel von ihnen seien bei Bekannten oder in eigenen Wohnungen untergebracht. Tuchel nutzte ihre Rede daher auch für Dank. „Die Anteilnahme, Hilfsbereitschaft und Solidarität in der Zivilgesellschaft sind beispiellos. Dafür danke ich den einzelnen Personen, Vereinen, Institutionen, Kirchen und privaten Trägern für ihre Unterstützung“, sagte sie.

Die Sozialdemokratin räumte aber auch ein, dass es eine Herausforderung ist und bleibt, alle Schutzsuchenden in Bremen unterzubringen. Der Krieg in der Ukraine habe das Unterbringungssystem in Bremen innerhalb kürzester Zeit an seine Kapazitätsgrenzen gebracht. Schon vor Beginn des Krieges seien die knapp 5.000 Unterbringungsplätze in Bremen fast komplett belegt, seit Ende Februar mussten 2.000 zusätzliche Menschen untergebracht werden, der überwiegende Teil davon in Notunterkünften.

Sie selbst habe am Vortag die Turnhalle in Blockdiek besucht, erklärte Tuchel, zudem sei sie regelmäßig mit Betroffenen im Austausch. Und die Stimmung sei viel besser als die CDU dies in der Begründung für die aktuelle Stunde geschrieben habe. „Man kann der Sozialsenatorin nicht den Vorwurf machen, dass die Unterbringung von Geflüchteten in Bremen menschenunwürdig oder unsicher sei. Ich kann diese Vorwürfe nicht so stehen lassen“, wurde Tuchel deutlich.



„Wir sind uns einig, dass eine Unterbringung in Sporthallen nach Möglichkeit vermieden werden soll“, so die Sozialdemokratin weiter. Auch die Sozialsenatorin betone immer wieder, dass dies nur die „allerletzte Option sei“. Tuchel: „Es ist ganz wichtig, dass die traumatisierten Menschen – größtenteils Frauen und Kinder – eine angemessene Unterbringung erhalten. Die Unterbringung der Geflüchteten muss daher eine Selbstverständlichkeit sein, auch wenn sie vielfältige Herausforderungen mit sich bringt und uns auch an

unsere Grenzen bringt. Dass in solch einer Ausnahmesituation nicht alles reibungslos abläuft, will ich gar nicht bestreiten, und es gibt Verbesserungspotenzial. Aber das ist eben auch den Rahmenbedingungen geschuldet.“

„Ich wünsche mir“, so Tuchel abschließend, „dass die neue Qualität in der Flüchtlingspolitik für alle Geflüchteten gleich gilt – damit die Gleichbehandlung in den Unterkünften besser gesichert werden kann.“

## FRAGESTUNDE **UNI-SPORTSTÄTTEN: SANIERUNG ODER NEUBAU?**

**Die Sportstätten der Universität Bremen sind marode. In einer Machbarkeitsstudie untersuchte der Senat nun, ob sich eine Sanierung lohne oder ob ein Neubau der entsprechenden Anlagen sinnvoller sei. Im Herbst 2021 wurde die Studie der Sportdeputation vorgelegt. In der heutigen Fragestunde der Stadtbürgerschaft fragte Eva Quante-Brandt, sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, beim Senat nach: Welche Variante der Machbarkeitsuntersuchung – Neubau oder Sanierung – bevorzugt der Senat? Wie ist der aktuelle Stand der Planungen? Und inwieweit finden dort die Einführung des Sportstudiengangs sowie der Erhalt des Bundesstützpunktes Rhythmische Sportgymnastik Berücksichtigung?**

„Der Senat präferiert den Neubau der Sportstätten“, konkretisierte Wissenschaftsstaatsrat Tim Cordßen-Ryglewski für den Senat. Die gesamte Gebäudesubstanz des Sportbereiches sei nach langjähriger Nutzungsdauer in erheblichem Maße kernsanierungsbedürftig. „Der



Eva Quante-Brandt

Neubau ist circa 12 Millionen Euro günstiger als eine Sanierung und bietet zudem die Möglichkeit, nutzergerecht jene Flächen zu realisieren, die für den Studiengang, den Schul- und Vereinssport

benötigt werden.“ Ein weiterer Pluspunkt für den Neubau: Während der Bauzeit seien die Bestandsflächen weiter nutzbar, der Sportbetrieb könne aufrechterhalten werden. Eine Fertigstellung des Neubaus sei nach aktuellem Stand Ende 2026 zu erwarten.

Der Bundesstützpunkt Rhythmische Sportgymnastik sei bei dieser Planung ebenso stark berücksichtigt worden wie die Nutzung der Anlagen durch Schul- und Vereinssport. Über die Nutzung der freierwerdenden Fläche sei noch nicht entschieden worden, dies erfolge erst nach Fertigstellung der Planungen, so der Staatsrat auf Nachfrage. Zudem versicherte er, dass die Mittel für den Neubau durch das Wissenschaftsressort für den Haushalt 2024/25 eingeplant würden.



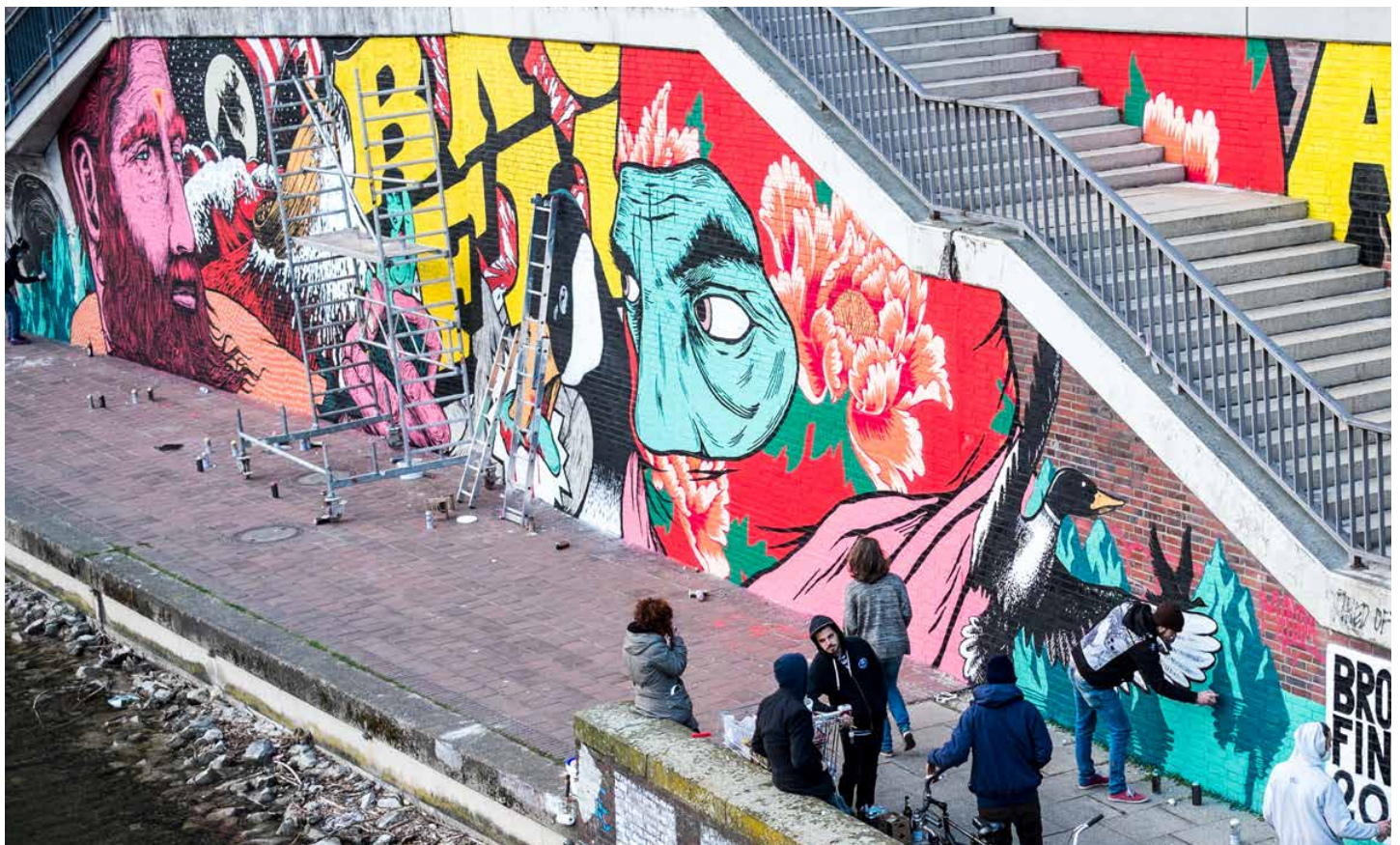


Foto: Andreas Dantz / Wikimedia / cc-by-2.0

## ANTRAG **ÖFFENTLICHE GRAFFITI-FLÄCHEN FÜR BREMEN BEREITSTELLEN**

**Sie werden als Schmierereien oder als Ausdrucksform gesehen, als Vandalismus oder Kunst. Die Rede ist von Graffiti, die mittlerweile fest zum Erscheinungsbild einer Großstadt gehören. Als wichtiges Element der urbanen Subkultur findet diese künstlerische Ausdrucksform häufig in der Illegalität statt. Dies soll sich mit einem Antrag der rot-grün-roten Koalition, der heute in der Stadtbürgerschaft beschlossen wurde, zumindest teilweise ändern. Denn die Bürgerschaft hat den Senat heute aufgefordert, öffentliche Flächen, sogenannte „Walls of Fame“ auszuweisen, auf denen sich Sprayer legal verewigen können.**

„Bei Graffiti ist generell zwischen zwei Formen zu unterscheiden“, erläuterte die SPD-Abgeordnete Eva Quante-Brandt am Rande der Bürgerschaft. „Es gibt zum einen die professionalisierte, in der Kunstszene etablierte Graffitiszene aus einzelnen Künstler:innen und kleinen Gruppen, die einen hohen künstlerischen Anspruch haben und nicht mehr illegal und anonym spraysen wollen“.

„Und dann gibt es die politisch-ideologisch motivierte Graffitiszene, die eben bevorzugt illegal und anonym sprüht – mit sehr heterogener Qualität“, so Quante-Brandt. „Hauptziel unseres Antrags ist es, der erstgenannten, jungen Graffitiszene durch die Bereitstellung und Bekanntmachung von öffentlichen Flächen zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen und dadurch auch ihr künstlerisches Können zu fördern – wir wollen, dass Graffiti einen noch positiver-

en Anstrich bekommen“. Dazu wolle man das Stadtbild aufwerten – Erfahrungen aus anderen Städten zeigten, so die Sozialdemokratin, dass das Vorhandensein von mehr legalen, qualitativ hochwertigen Graffitiwerken das Anbringen illegaler Sprühereien verringere. „Hochwertige Graffitiwerke werden in der Regel respektiert und nicht übermalt“.

Man müsse jedoch auch anerkennen, dass das Verständnis und die Akzeptanz von Graffiti in der breiten Bevölkerung sehr unterschiedlich ausgeprägt seien, so Quante-Brandt. „In manchen Stadtteilen prägen leider eher Schmierereien als hochwertige Kunstwerke das Bild. Um Konflikten vorzubeugen und eine hohe Akzeptanz von und ein Interesse an Graffiti-Kunst zu erzeugen, ist es aus sozialdemokratischer Perspektive unbedingt wichtig, die Beiräte und Ortsämter bei der

Identifizierung von möglichen Flächen eng mit einzubinden“, so die Abgeordnete. „Durch diese Form der Beteiligung wollen wir auch die Zweifler mitnehmen und dafür werben, dass die Kunstform Graffiti weiter anerkannt und akzeptiert wird“.

Quante-Brandt: „Ob sich die Szene auf dieses Angebot schlussendlich einlässt, bleibt ihr überlassen. Denn es ist eine Form der staatlichen Überformung, das ist klar. Wir wollen der Szene ein Angebot machen, sie mit den Ortsämtern zusammenbringen – und dafür sorgen, dass die Graffitiszene unsere Stadt um eine weitere Facette verschönert.“

**>Antrag: Eine Hall of Fame für Bremen! Öffentliche Graffiti-Flächen und -Wände bereitstellen und Map of Fame erstellen**  
[http://bit.ly/graffiti\\_bremen](http://bit.ly/graffiti_bremen)